Amtliche Bekanntmachungen

Maßnahmen der Reichsregierung zur Verbilligung der Speisefette für die minderbemittelte Bevölkerung.

Zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes ist die Fettwirtschaft neu geregelt worden. Die Neuordnung soll die Nachfrage nach einheimischen Fetterzeugnissen verstärken und mithelfen an der Wiederherstellung der Rentabilität der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Dabei ist eine gewisse Mehrbelastung der Verbraucher unvermeidlich. In Würdigung der Notlage vieler Volksgenossen hat die Reichsregierung deshalb für sie **Reichsverbilligungsscheine für Speisefette ausgegeben.** 1867

Personenkreis.

Den Reichsverbilligungsschein für Speisefette erhalten:

a) die Hauptunterstützungsempfänger und Zuschlagsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge;

b) die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung;

c) die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte und Zuschlagsempfänger in offener Fürsorge unterstützten Personen;

d) die Empfänger von Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz und ihre Zuschlagsempfänger, sowie die Empfänger von Elternbeihilfe. Sofern es sich bei den Zusatzrentenempfängern um **Beschädigte** handelt, ist die Ehefrau mit als Zuschlagsempfänger zu zählen.
Den Empfängern von Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz stehen Empfänger von Zusatzrente gleich, denen andere Reichsgesetze soziale Fürsorge im Sinne des Reichsversorgungsgesetzes zubilligen;

e) die Sozialrentner, ihre Ehefrauen und unterhaltsberechtigten minderjährigen Kinder. Sozialrentner im Sinne dieses Erlasses sind alle Empfänger von Renten der Unfall-, der Invaliden-, der Angestellten und der knappschaftlichen Pensionsversicherung.

Art und Umfang der Verbilligung.

Auf den Reichsverbilligungsschein können bezogen werden: Butter, Käse, Schmalz, Rohfett, Speck, Talg, Speiseöl, Margarine, Kunstspeisefett und gehärtetes Pflanzen- oder Tierfett. Andere Waren dürfen auf den Reichsverbilligungsschein nicht abgegeben werden.
Jeder Berechtigte, kann auf jeden Reichsverbilligungsschein in jedem Kalendermonat 2 Pfund ververbilligtes Speisefett beziehen. Auf geringere Mengen als ½ Pfund Butter und Käse und 1 Pfund der übrigen Fette darf eine Verbilligung nicht gewährt werden.
Die Verbilligung beträgt je Pfund 25 Rpf.
Die Verbilligung wird auf Grund des von der Reichsregierung herausgegebenen **Verbilligungsscheines** gewährt, der **nicht übertragbar** ist.
Zum Empfang des Verbilligungsscheins sind alle unter 1a bis e genannten Personen berechtigt, die an den von der Ausgabestelle festgesetzten Ausgabetagen sich in laufender Unterstützung oder im Bezug der Renten befinden. Personen, bei denen die Voraussetzungen für den Bezug des Reichsverbilligungsscheins erst im Laufe des Monats Mai eintreten, können den Reichverbilligungschein Ende Mai erhalten. In diesen Fällen hat jedoch die Ausgabestelle die für Mai gültigen Abschnitte so zu entwerten, daß ihre Benutzung ausgeschlossen ist. Ebenso können Personen, bei denen die Voraussetzungen für den Bezug des Scheins erst im Laufe des Monats Juni eintreten, den Schein Ende Juni erhalten. In diesen Fällen sind die für die Monate Mai und Juni gültigen Abschnitte zu entwerten. Personen, bei denen die Voraussetzungen für den Bezug des Scheins im Monat Juli eintreten, können erst bei der Ausgabe des nächsten Verbilligungsscheins berücksichtigt werden.
Eine Verwendung der Abschnitte nach Ablauf der aufgedruckten Gültigkeitdauer ist unzulässig.

Ausgabestellen für die Reichsverbilligungsscheine.

Die Ausgabe der Reichsverbilligungsscheine erfolgt für die Empfänger der Arbeitslosen-, Krisen- und Kurzarbeiterunterstützung durch die **Arbeitsämter,** für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen (auch für die Wohlfahrtserwerbslosen), für die Empfänger von Zusatzrente nach dem RVG. und für die Sozialrentner durch die **Bürgermeisterämter.**

Bezugsstellen für die verbilligten Speisefette

sind, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen, die Verkaufsstellen, die die Speisefette führen und die sich bereit erklären, den Verbilligungschein in Zahlung zu nehmen und den sonstigen ergangenen Vorschriften entsprechen.

Nicht zugelassen sind Warenhäuser, sowie den Warenhäusern und den Einheitspreisgeschäften ähnliche Betriebe, ferner die Konsumvereine und Filialgeschäfte und sogenannten Kleinpreisgeschäfte und Billigladen.
Die Verkaufsstellen haben sich durch Aushang kenntlich zu machen.
Die Abschnitte der Reichsverbilligungsscheine werden bei den Verkaufsstellen in Zahlung gegeben. Bei der Abgabe der Ware trennt der Verkäufer den geltenden Abschnitt ab und entwerter ihn durch Aufdruck seines Firmenstempels unter Hinzufügung des Datums.

Einlösung der Reichsverbilligungsscheine. Die Verkaufsstellen leiten die Abschnitte der Reichsverbilligungsscheine den für ihre Niederlassung zuständigen **Finanzkassen** zu. Die Finanzkassen lösen die Abschnitte ein.
Die Finanzkassen rechnen die Abschnitte auf Reichssteuern an, falls solche fällig oder rückständig sind. Zum Zwecke der Anrechnung sind die Abschnitte der Finanzkasse entweder im Kassenraum zu übergeben oder mit der Post zu übersenden.

Die Abschnitte werden nicht auf Reichssteuern angerechnet, wenn ein Antrag auf Barauslösung gestellt wird. Wird Barauslösung verlangt, so müssen die Abschnitte der Finanzkasse im Kassenraum übergeben werden. Barauslösung kann nur verlangt werden, wenn der Wert der einzulösenden Abschnitte mindestens 10.— RM. beträgt; geringere Beträge können also im Wege der Anrechnung verwertet werden.
Die Verkaufsstellen sind verpflichtet, die Abschnitte sortiert und in Bündeln oder Päckchen verschnürt der Finanzkasse zu übergeben oder zu übersenden. Jeder Einlieferung ist eine Mitteilung beizufügen, aus der Name, Vorname und Wohnort des Berechtigten und die Zahl der eingelieferten Abschnitte hervorgehen. Die Höchstzahl der in einem Päckchen enthaltenen Abschnitte darf 50 Stück nicht überschreiten. Die Finanzkasse ist berechtigt, unsortierte, ungepackte, ungebündelte oder ohne Mitteilung eingelieferte Abschnitte zurückweisen.
Emmendingen, den 8. Mai 1933.

Der Landrat.

Bekanntmachung

In diesem Jahre finden statt: 1666

1. **Bienenzuchtkurs** für Anfänger und Fortgeschrittene vom 15. bis 20. Mai 1933 einschl. Beginn Montag den 15. Mai vorm. 9 Uhr.

2. **Königinnenzuchtkurs** für Fortgeschrittene vom 22. bis 23. Mai 1933 einschl. Beginn Montag den 22. Mai, vorm. 9 Uhr.

Kursgebühren:
für den Bienenzuchtkurs 5.— RM., für den Königinnenzuchtkurs 2.— RM.

Entfernt wohnende Teilnehmer können im Internat der Schule Kost und Wohnung für 1.80 RM. je Tag nehmen.

Anmeldungen nimmt entgegen
Staatl. Landwirtschaftsschule Hochburg
Post und Station Emmendingen i. B.
Fernsprecher: Amt Emmendingen 365.

Die nächste
Mutterberatungsstunde
findet am **Donnerstag, den 11. Mai 1933, nachmittags 2—4 Uhr in Emmendingen** im Schulhaus, Karlfriedrichstraße 24 statt.
Mutterpaketverteilung.

Herren-
Hüte und Mützen
alle Neuheiten für's Frühjahr
Held Freiburg i.B.
Friedrichstraße 7

MÖBEL werden teurer
Meine großzügigen Dispositionen sichern Ihnen die Spitzenleistungen der deutschen Möbelindustrie vorläufig noch zu den bisherigen niedrigsten Preisen!
Ueberzeugen Sie sich! 1209
F. Scherer
Wohnungseinrichtungen
Freiburg i. Brg., Kaiserstraße 149

Trauringe
8, 14, 18 kt.
Gold kaufen Sie preiswert bei
Seilnacht
Uhrmacher und Juwelier / Freiburg i. Br.
Elsenbahnstraße 7 / Verkaufsstelle der Alpina-Gruen-Gilde-Uhrenfabriken. 1407

Zuverlässige Ausbildung für nichtüberfüllte **Berufe**
Einzigen Dameln, die sich auf die **staatl. Sprachlehrerinnenprüfung** vorbereit., können sich noch Teilnehmerinnen anschließen. **Wer Kurzschriftlehrerin, Dolmetsch., Privatsekr., Korrespondentin, Stenotyp.** werden will, erkundige sich in
Becker-Sprachenschule Abt. Berufskurse
Freiburg i. Br., Kaiserstraße 48 (gegenüber dem Bezirksamt). Staatl. zugelassen. Auskunft jederzeit, auch Samstag nachm. u. Sonntag vorm. Schuljahr 1932/33: 104 Teilnehmer. 1609

Unsre Geschäftsstelle ist täglich von
7-½1 Uhr und von 2-6 Uhr geöffnet!
Geschäftsstelle der „Breisgauer Nachrichten"
Emmendingen / Telefon 303

Epochale Patent-Sache!
Tüchtige Bezirksvertreter für den Verkauf erstklassiger Neuheiten in der Autobranche sofort gesucht. Nur Herren mit eigenem Auto, das zu Vorführungszwecken unentbehrlich ist, wollen sich melden. Offerten unter K. R. 332 an **Ala - Haasenstein & Vogler, Kehl/Rh.** (1869

Statt jeder besonderen Anzeige
Schmerzerfüllt machen wir die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager
Leopold Reitzel
Alt-Kronenwirt
infolge Schlaganfalls rasch von uns geschieden ist.
DENZLINGEN, den 9. Mai 1933
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Friedrich Maier, Oppeln
Familie Emil Maier, zur Krone, Denzlingen
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Mai 1933, nachmittags ½3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Hotel-Restaurant FREIBURG I. BR. **KOPF** Engelstr. 5
Jeden Mittwoch u. Samstag nachm. 4 Uhr **TANZ-TEE**
Mittwoch — Freitag — Samstag abends 8 Uhr **Gesellschaftstanz**
24

Donnerstag früh eintreffend:
Cabliau 1866
Cabliau-Filet
Schellfisch
Rud. Ringwald Ww.
Emmendingen
Tel. 267

WTB
Messe-Angebote
meiner
Aussteuer-Abteilung

Hausmarke I	Hausmarke II
Hemdentuch 80 cm. Wissenfelder Erzeugnis . **-.48**	**Renforcé** 80 cm Ettlinger Kraftqualität . . **-.70**

Hausmarke III
Renforcé 80 cm beste Ettl. Webequal. . **-.90**

Haustuch, z. T. mit verst. Mitte,	150 cm	1.35	0.90	**0.75**
Halbleinen, Aussteuerqualität .	80 cm	1.50	1.00	**0.65**
	150 cm	2.85	1.95	**1.25**

Etwas Besonderes für Aussteuern

Zwirnhalbleinen, unverwüstlich . .	30 cm	1.80		**1.65**
	160 cm	3.50		**3.20**
Bettdamast, geblumt und gestr., 130 cm		1.25	0.95	**0.68**
Kissen, bestickt und gedogt, 80/80 cm . .		1.50	1.25	**0.95**
Garnituren, Kissen und Laken		9.90	8.80	**6.70**
Handtücher, 48/100 cm . .	halbleinen	0.95	0.59	**0.45**
	zwirnleinen	1.50	0.90	**0.80**

C. Werner-Blust
Freiburg i. Br. Sonntag, den 14. Mai von 9—6 Uhr geöffnet 1871

Geschäfts-Haus in bester Lage Emmendingens zu verkauf. Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes

Lagerraum
auch für **Werkstätte** geeignet sofort zu verm. Wo sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine kompl. Küche
bestehend aus: 2 Küchenschränke, 1 Tisch, 2 Hocker, 1 Küchenschaft, 1 Kommode, alles preiswert zu verkaufen 1864
Freiburg Rennerstr. 21

Junges
Lehrmädchen
für Laden gesucht.
Schriftl. Angebote unter Nr. 1870 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zirka 8 Zentner
Heftstroh
zu verkaufen 1848
Gottl. Scheer
Brettental-Buch

Der Sonntag ist mit ihr nochmal so schön!
Die „Süddeutsche Sonntagspost" ist die ideale Sonntagszeitung! Mit tausend frohen lichen Beiträgen und nicht alltäglichen Geschichten! Mit Rundfunkzeitung und Roman und mit Lebens- und Unfallversicherung für ihre Abonnenten! Monatlich RM. 1.20. Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Zentral-Theater
EMMENDINGEN
Heute 8.15 Uhr letzte Vorstellung
Auf vielseitigen Wunsch in Zweitaufführung:
Das große vaterländische Filmwerk
Die elf Schill'schen Offiziere
Der Film der Treue, Kameradschaft und der Pflichterfüllung bis zum Aeußersten!
Ein Ruhmesblatt aus Deutschlands Geschichte: in der UFA-Tonwoche:
Der 21. März — Der große Staatsakt mit sämtl. Feierlichkeiten in Potsdam u. Berlin
Jugendliche haben Zutritt. „Halbe Preise"
Samstag, den 20. Mai
Der neue KIEPURA-Film
Ein Lied für Dich

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis: monatl. frei Haus Mark 1.85 durch die Post bezog. Mk. 1.70 zuz. Zustellgeb.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Emmendinger Zeitung **Emmendinger Tagblatt**
Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen
Beilagen: „Ratgeber des Landmanns" und „Breisgauer Sonntagsblatt". Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl

Inserate: Grundzahl für die 34 mm breite, 1 mm hohe Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig, für die 68 mm breite, 1 mm hohe Reklamezeile oder deren Bezugsraum 30 Reichspfennig. Bei Platzvorschrift 20 Prozent Zuschlag. Etwa vereinbarter Anzeigenrabatt fällt bei Zahlungsverzug, gerichtlichem Mahnverfahren, gerichtlichem Vergleich und Konkurs fort. Beilagengebühr das Tausend 10.— Reichsmark ohne Postgebühr.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303 Geschäftsstelle: Karlfriedrichstraße 11 / Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 109 **Emmendingen, Donnerstag, 11. Mai 1933** **68. Jahrgang**

Der erste Kongreß der deutschen Arbeitsfront

Der Reichskanzler Adolf Hitler spricht

WDZ. **Berlin,** 10. Mai. Der Kongreß der Deutschen Arbeitsfront, der ein Sinnbild für die nationale Einigkeit aller Klassen und Stände geben soll, wird heute Mittwoch nachmittag um 5 Uhr im Sitzungssaal des preußischen Staatsrates in feierlicher Form eröffnet werden. Der Sitzungssaal ist für diesen Zweck mit Girlandenschmuck ausgestattet worden, der wirkungsvoll von zahlreichen Blumenanordnungen bunter Hortensien unterbrochen wird. Einen besonders feierlichen Schmuck trägt die Präsidentenestrade und die Rednertribüne, während die Rückwand des Präsidentensitzes eine riesige Hakenkreuzfahne ziert. Auch die Tribünen sind rings um den Saal herum mit Girlanden und Kränzen mit den Farben der nationalen Erhebung umzogen.

WTB. **Berlin,** 10. Mai. Im überfüllten Sitzungssaal hatten mehr als 500 Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände und der NSBO sowie der Arbeitnehmer Platz genommen. Außerdem waren fast alle Mitglieder des Reichskabinetts, die Reichsstatthalter und andere hohe Persönlichkeiten erschienen. Beim Erscheinen des Reichskanzlers erhoben sich die Kongreßteilnehmer und grüßten stürmisch den Führer mit erhobener rechter Hand. Der Kanzler begab sich zum Präsidium des Kongresses, das er durch Handschlag begrüßte. In einer kurzen Eröffnungsrede begrüßte

Reichstagsabgeordneter Dr. Schmeer

den Kongreß. Hierauf ergriff der

Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley

das Wort. Er betonte, daß unsere Generation berufen sei, das Gewaltigste zu erleben, was seit 2000 Jahren sich in der Geschichte unseres Volkes ereignet habe. Es sei selbstverständlich gewesen, daß die großen Organisationen der Arbeitnehmer nicht als unberührte Inseln in dem revolutionären Meer in ihrer bisherigen Gestaltung erhalten bleiben konnten. Die Gewerkschaften, wie sie waren, kehrten nicht wieder. Das, was in der Vergangenheit versäumt wurde, nämlich Erziehung und Schulung des vierten Standes, das müsse nachgeholt werden. Arbeiter und Soldaten gehörten zusammen, weil sie geboren seien aus der Disziplin und diese aus der Rasse. Wir brauchten eine Schicksalsgemeinschaft, in der jeder, der Arbeit leistet, unentbehrlich sei u. deshalb geachtet werden müsse. Der deutsche Mensch müsse begreifen lernen, daß, wenn er für das Volk arbeite, er auch das Recht habe, stolz zu sein auf seine Leistung.

Dr. Ley bat zum Schluß den Reichskanzler, die Schirmherrschaft zu übernehmen und richtete dann an das gesamte Arbeiterthum den Appell, nicht verbittert beiseite zu stehen, sondern mitzuarbeiten, damit es das Fundament des deutschen Volkes werde.

In einer großen Rede erörtert

Reichskanzler Hitler

die Entwicklung und die Lage des deutschen Arbeiters. Er wies auf die untrennbare Verbundenheit der moralischen und kulturellen Krise mit der Wirtschaftskrise hin, die nicht irgendwo in der Welt ihre Wurzel habe, sondern immer wieder innerhalb der Völker. Es gäbe keine internationale Lösung, die Lösung ginge nur immer vom Volke aus. Ihren Höhepunkt habe die deutsche Krise im Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber gefunden. Wenn diese Krise nicht gelöst werde, würden alle anderen Versuche, der Wirtschaftsnot Herr zu werden, auf die Dauer vergeblich sein. Der Kanzler schilderte in großen Zügen die Entwicklung von 1914, die Revolution und Inflation und stellte drei Gründe heraus, die die deutsche Arbeiterentwicklung bedingt haben: 1. Die Veränderung der Betriebsform der Wirtschaft an sich, wobei das Auseinanderfallen der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Hauptrolle spielte, 2. Der Einfluß des internationalen Marxismus, der ohne Rücksicht auf den Arbeiter nur seine Machtinteressen vertreten habe und 3. die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, die im Volke das Bewußtsein erweckt habe, daß der Staat einseitige Interessen bestimmter Gruppen vertrete.

Der Kanzler polemisierte scharf gegen die Novemberverbrecher, deren schlimmste Tat es gewesen sei, den deutschen Arbeiter für das ganze Elend verantwortlich zu machen und dadurch einen ungeheuren Zwiespalt in das Volk hineinzutragen. Man müsse nun an den Neuaufbau der Wirtschaft gehen und müsse hier beim Staat beginnen. **Eine Staatsführung müsse vorhanden sein, zu der jeder das Vertrauen haben könne, daß sie nichts anderes wolle, als des deutschen Volkes Glück.** Wir wollen, so sagte der Kanzler unter starkem Beifall, dem Volk die Diktatur des Volkes in seiner Gesamtheit auferlegen.

Reichskanzler Hitler wiederholte noch einmal, daß er, daß die ganze Bewegung den Kampf gegen den Marxismus fortsetzen werde, bis dieser ausgerottet sei. Der deutsche Arbeiter werde zur Gestaltung der neuen Verhältnisse als gleichberechtigter Deutscher hinzugezogen werden. Die Schichten müßten sich untereinander verständigen und verstehen, und es werde Aufgabe der Regierung sein, die Hände, die sich trennen wollen, wieder ineinanderzuügen. Das Wort Arbeit werde zum Ehrentitel der deutschen Nation erhoben. Als ehrlicher Makler und unabhängiger Mann will ich, so schloß der Kanzler, dem deutschen Volke nutzen. Die unerschütterliche Garde, die sich im Krieg bewiesen habe, gelte es, dem Dritten Reich zu gewinnen. Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen, als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem sich der starke Beifall gelegt hatte, nahm

Reichsarbeitsminister Seldte

das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte:

Unser verehrter Herr Reichskanzler, der die Schirmherrschaft der Deutschen Arbeitsfront übernommen hat, hebt diese sich vielfach bekämpft habenden Richtungen heraus aus dem Zwielicht des Parteihaders und aus dem Mißklang einer vergangenen Zeit. Arbeit zum Wohle Deutschlands ist Sinn und Zweck unseres Lebens. Mit Ihnen selbst werktätig aufgewachsen, gebe ich meiner Genugtuung Ausdruck über die Schaffung dieser Arbeitsfront. Sie muß in meinen Augen zu jener echten und wahren Volksgemeinschaft führen, für die auch ich nicht vergeblich miereinhalb Jahre und 14 Jahre nachher gekämpft haben will. Ich grüße Sie alle herzlich und kameradschaftlich mit einem Glückauf! der Arbeit, Glückauf unserer gemeinsamen deutschen Arbeit! (Anhaltende Heilrufe und Händeklatschen).

Vorsitzender Schmeer:

Ich wüßte diesen denkwürdigen Kongreß nicht besser zu schließen, als daß ich Sie bitte, sich zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Der deutschen Nation und damit dem deutschen Arbeitertum, dem Herrn Reichspräsidenten und dem Führer in die deutsche Freiheit, Adolf Hitler, Siegheil!

Die Versammlung stimmte begeistert in den Siegheilrufe ein und sang zum Schluß das Horst-Wessel-Lied. Der Vorsitzende schloß den Kongreß. Die Kundgebungen für den Reichskanzler dauerten noch minutenlang fort.

Ley über die Reinigung der Gewerkschaften

CNB. **Berlin,** 9. Mai, Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der Arbeit, Dr. Ley, gewährte Vertretern der englischen und schwedischen Presse eine Unterredung, in der er das Verhältnis der deutschen Arbeitsfront zu den ausländischen Arbeiterorganisationen folgendermaßen umriß:

Die deutsche Arbeiterfront und der deutsche Arbeiter lehnen den internationalen Marxismus selbstverständlich mit aller Schärfe ab. Die zweite und die dritte Internationale dürften damit endgültig ihre Existenzberechtigung verloren haben, denn die marxistischen Filialen in Deutschland waren bisher die Grundlagen für die Internationale. Das Verhältnis zur Arbeiterschaft anderer Staaten als solcher wird aber gehegt und gepflegt werden. Wir werden alle Verpflichtungen an das Internationale Arbeitsamt in Genf anerkennen und erfüllen, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der deutsche Arbeiter mit dem Arbeiter anderer Länder gleichberechtigt ist und daß die Vertreter anderer Staaten anerkennen, daß sie sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einzumischen haben.

Verfolgung der Korruptionsskandale bei den Gewerkschaften.

CNB. **Berlin,** 10. Mai. Der kommissarische Ministerialdirektor im preußischen Justizministerium, Dr. Freisler, hat an den Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Staatspräsident Dr. Ley, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Aus den Zeitungen entnehme ich, daß Ihre erfolgreiche Arbeit zur Befreiung des deutschen Arbeiters von einer arbeits- und arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbürokratie bereits zur Aufdeckung außerordentlicher Korruptionsskandale bei den Gewerkschaften geführt hat. Namens des preußischen Justizministeriums erklärte ich ausdrücklich, daß das preußische Justizministerium seine hilfreiche Hand tatkräftiger, schnellster Aufdeckung solcher Korruptionsfälle vorschlägt, das Material mir zugänglich zu machen, damit ich alsbald tatkräftig in Ihren Kampf gegen die Korruption innerhalb der roten Gewerkschaften hilfreich eingreifen kann.

Kritische Lage in Genf

Die Frage der „Wehrverbände"

WTB. **Genf,** 10. Mai. Die privaten Besprechungen auf der Abrüstungskonferenz sind auch heute fortgesetzt worden. Neue Momente sind nicht zu verzeichnen. Nach einer vorübergehenden Entspannung durch das Interview des Reichswehrministers zeigt sich, daß die Lage immer noch sehr kritisch zugespitzt ist. Diejenigen Kräfte, die seit anderthalb Jahren unter immer neuen Vorwänden die Abrüstung sabobierten, halten jetzt offenbar die Stunde für gekommen, um zu einem entscheidenden Schlage auszuholen. In der in ihrem Dienste stehenden Propaganda wird unter völliger Verdrehung des Sachverhaltes jetzt systematisch die Lüge verbreitet, Deutschland arbeite durch immer neue Anträge auf das Scheitern der Konferenz und auf seine eigene Aufrüstung hin. Demgegenüber können wir uns mit der Feststellung begnügen, daß die Anträge der deutschen Delegation lediglich auf das Ziel und die Aufgaben der Konferenz eingestellt sind, nämlich der Abrüstung. In der Abrüstung der anderen liegt die Aufgabe dieser Konferenz. Deutschland vertritt in dieser entscheidenden Phase die Forderung, die der Reichskanzler wiederholt in den letzten Wochen bei außenpolitischen Kundgebungen in die Worte gekleidet hat: **Absolut gleiches Recht.** Die Fragen, um die es sich hierbei besonders handelt, betreffen in erster Linie die Zahl der Truppenbestände, das Kriegsmaterial und die Laufzeit der Konvention. Die Klärung dieser Fragen ist für einen ordnungsmäßigen Verlauf der Konferenz nach deutscher Auffassung unerläßlich. Erst ihre Behandlung wird zeigen, ob die anderen wirklich entschlossen sind, ernsthaft abzurüsten. Anderthalb Jahre lang hat man sich immer wieder um diese entscheidende Frage herumgedrückt. Die deutsche Delegation fordert, daß man den Entscheidungen nicht mehr länger ausweicht.

WTB. **Genf,** 10. Mai. Der Ausschuß für die Festsetzung der Heeresbestände ist heute endlich dazu übergegangen, die sogannte militärische Ausbildung der Verbände bei verschiedenen Staaten unter die Lupe zu nehmen. Daß diese Verbände, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht als militärisch anzusehen sind, ergibt sich aus der Entstehung, Verwendung und Ausbildung dieser Organisationen. Die SA und SS entstanden aus der Notwendigkeit, die Parteianhänger gegen ihre innerpolitischen Gegner zu schützen. Daneben wurde zwangsläufig diese Organisation zu einer sozialen Einrichtung. Sollte Deutschland und damit Europa nicht dem Kommunismus verfallen, so mußte versucht werden, die Millionen von Arbeitslosen von der Straße wegzubekommen. Die bisher von innen- und außenpolitischen Gegnern in Bild und Presse hervorgebrachten Beweise an Hand angeblicher Dokumente, wonach SA und SS den Charakter eines militärischen Verbandes hätten, haben sich stets als Fälschungen, zu mindest aber als bewußte Entstellungen herausgestellt. Der Stahlhelm hat sich niemals mit militärischer Ausbildung beschäftigt, womit er auch aus der Natur seiner eigentlichen Aufgabe heraus sich garnicht befassen kann. Er besitzt weder Waffen noch militärische Ausbildung. Es ist deshalb eine Unmöglichkeit, einerseits die Reserven der militärischen Streitkräfte nicht zu den Effektivstärken rechnen zu wollen, andererseits die völlig unmilitärischen Verbände einzubeziehen.

Der Ausschuß für die Effektivbestände beschäftigte sich heute in geheimer Sitzung zunächst mit der Frage der sportlichen und militärischen Ausbildung der außermilitärischen Organisationen in Italien. Mit sieben gegen fünf Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen wurde beschlossen, daß bei der Berechnung 24 000 Mann berücksichtigt werden sollen. Es heißt, die italienische Delegation sehe sich unter Umständen gezwungen, bei der endgültigen Entscheidung im Hauptausschuß evtl. ihre bisherige Stellungnahme zu dem engli-

schen Konventionsentwurf einer Nachprüfung zu unterziehen.

Der Ausschuß ging dann in seinen weiteren Beratungen zu den sogenannten Wehrverbänden in Deutschland über. Die Franzosen, unterstützt von ihren Anhängern auf der Abrüstungskonferenz, versuchten den Nachweis zu führen, daß diese Verbände militärischen Charakter hätten. Bezeichnenderweise lehnten die Franzosen es ab, die besonderen Verhältnisse, unter denen diese Verbände geschaffen worden sind, und die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, in Betracht zu ziehen. Die Debatte wird morgen und in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Aus dem Reich

Unterzeichnung eines deutsch-belgischen Wirtschaftsabkommens.

WTB. Berlin, 10. Mai. Der deutsche Gesandte in Brüssel und der belgische Außenminister haben eine Zusatzvereinbarung zu dem vorläufigen Abkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. April 1925 unterzeichnet. In dem Abkommen wurden gewisse Bindungen für Positionen des deutschen Zolltarifs gelöst, die das Deutsche Reich in den vorläufigen Handelsabkommen vom Jahre 1925 auf sich genommen hatte.

Verordnung des Reichsarbeitsministers über Zulassung von Kriegsteilnehmern zu den Kassen.

CNB. Berlin, 9. Mai. Der Herr Reichsarbeitsminister hat die Zulassung aller Kriegsteilnehmer zur Kassenpraxis verfügt, wenn sie ein Jahr ärztlich tätig waren. Außerdem werden diejenigen Aerzte zugelassen, die bei der Neuordnung des kassenärztlichen Rechtes 1931 bereits drei Jahre approbiert waren. Wie die Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums betont, war es dem Reichsarbeitsminister ein selbstverständliches Bedürfnis, den Kriegsteilnehmern unter den Aerzten die weitestgehenden Erleichterungen zu verschaffen. Das Ausscheiden der nichtarischen und kommunistischen Aerzte gab hierzu, wie weiter betont wird, die Möglichkeit.

Auflösung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

WTB. Berlin, 10. Mai. Nach vorheriger Rücksprache mit dem Reichssportkommissar hat der in außerordentlicher Hauptversammlung gewählte geschäftsführende Vorstand des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen den Reichsausschuß aufgelöst. Die weiteren Entscheidungen trifft der Reichssportkommissar.

Kassenbelege beim Zentralverband der Angestellten verbrannt.

CNB. Berlin, 9. Mai. Wie die NSBO-Pressestelle mitteilt, berichtet der Beauftragte des Aktionskomitees zum Schutze der Deutschen Arbeit für den ZDA, daß Mitte März ds. Js. sämtliche Kassenbelege der Hauptkasse des ZDA bis zum 30. September 1932 einschließlich auf Anordnung des Verbandsvorsitzenden Urban verbrannt worden sind. Ueber die Gründe dieser Maßnahme braucht man sich wohl keinem Zweifel hinzugeben.

Beschlagnahme des gesamten SPD-Vermögens

WTB. Berlin, 10. Mai. **Der Generalstaatsanwalt I Berlin hat die Beschlagnahme des Vermögens der gesamten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Zeitungen sowie des gesamten Reichsbanners angeordnet. Den Grund zu der Beschlagnahme bilden die zahlreichen Untreufälle, die durch die Uebernahme der Gewerkschaften und der Arbeiterbanken durch die NSBO aufgedeckt wurden.**

Vor einem Strafverfahren „Leipart und Genossen".

WTB. Berlin, 10. Mai. Wie zu der Beschlagnahme des gesamten Vermögens der sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Zeitungen und des Reichsbanners bekannt wird, wurde die Aktion durchgeführt, um die Rückzahlung der von den Gewerkschaften und der Arbeiterbank an die SPD geleisteten Zuwendungen sicherzustellen. Ueber Zahlung der ungeheuren Geldbeträge an die sozialdemokratische Parteileitung, die, wie vor einigen Tagen bereits gemeldet wurde, selbst in den ersten Monaten dieses Jahres noch mehrere hunderttausend Mark ausmachten, wird eine Untreue erblickt, so daß mit einem Strafverfahren unter dem Namen „Leipart und Genossen" in nächster Zeit zu rechnen ist. Die Anordnung zur Beschlagnahme der Vermögenswerte stützt sich auf den Paragraph 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar ds. Js. nach dem Beschlagnahme von Vermögenswerten auch dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen der Strafprozeßordnung nicht erfüllt sind.

Erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes

WTB. Berlin, 10. Mai. In der Zeit vom 16. bis 30. April 1933 hat die Entlastung des Arbeitsmarktes, die Mitte Februar begann und sich seitdem ununterbrochen fortsetzte, in der zweiten Aprilhälfte erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen im Reich verminderte sich um rund 196 000 oder 3,6 Proz. auf rund 5 333 000. Sie liegt nach dieser neuerlichen Entlastung um rund 714 000 unter dem winterlichen Höchststand von Mitte Februar und um rund 400 000 unter dem Stand von Ende April 1932. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sank in der Arbeitslosenversicherung um 50 000 auf 530 000, in der Krisenfürsorge trotz aufgehobener Aussteuerung um 28 000 auf rund 1 400 000. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen ist gegenüber März um 130 000 auf 2 263 000 im April gesunken. Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen belief sich Ende April auf rund 230 000; die Zahl der aus Mitteln der Reichsanstalt beschäftigten Notstandsarbeiter, die Ende März 88 000 betragen hat, dürfte 100 000 überstiegen haben.

Maßnahmen zum Schutz des Mittelstandes

CNB. Berlin, 10. Mai. In der gesamten deutschen Presse ist eine Nachricht verbreitet worden, wonach der Reichskommissar für den Mittelstand den Entwurf für ein neues Mittelstandsgesetz fertiggestellt hätte. Diese Mitteilung ist unrichtig, da der Reichskommissar zwar einzelne Wünsche des Mittelstandes durchzusetzen sich bestrebt, aber eine Gesamtzusammenfassung weder vorgenommen hat noch aus verfassungsmäßigen Gründen vornehmen konnte. Die Reichsregierung hat bisher zu den Fragen einer Warenhaus- und Filialsteuer, der Handwerkerkarte und der Bekämpfung der Schwarzarbeit noch keine abschließende Stellung genommen, da diese Fragen, wie auch die des Vollstreckungsschutzes und des Abbaues der Regiebetriebe eine sehr eingehende Prüfung und Vorbereitung erfordern. Der Reichskommissar für den Mittelstand wird daher bei dem Verfahren bleiben müssen, das er bisher eingeschlagen hat, nämlich Schritt für Schritt den Fragen nachzugehen, die unter den heutigen Verhältnissen gelöst werden können. Unter diesen Fragen stehen die Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und Regiebetriebe, ferner die Kreditbeschaffung und die Milderung des Vollstreckungsschutzes, endlich den Umbau der Hauszinssteuer in Verbindung mit der Arbeitsbeschaffung augenblicklich im Vordergrund.

Reform der Erwerbslosenfürsorge

VDZ. Berlin, 10. Mai. Wie das VDZ-Büro meldet, hat vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Hitler eine Besprechung über die Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge stattgefunden, an der die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände nämlich des Deutschen Städtetages, des Reichsstädtebundes, des Deutschen Landgemeindetages und des Deutschen Landkreistages teilnahmen. Außerdem wohnten der Konferenz der Reichsfinanzminister, der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup und Oberbürgermeister Dr. Gördeler-Leipzig bei. Grundlage der Aussprache war der im Reichsarbeitsministerium fertig gestellte Gesetzentwurf über die Zusammenfassung der drei Zweige der Arbeitslosenfürsorge. Im Gegensatz zum Reichsarbeitsministerium, das in seinem Entwurf die Zusammenfassung bei den Arbeitsämtern vornehmen will, hielten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an ihrer Auffassung fest, daß es notwendig sei, die Zusammenfassung der gesamten Arbeitslosenfürsorge bei den Gemeindewohlfahrtsämtern zurückzuführen. Die kommunalen Spitzenverbände wurden schließlich vom Reichskanzler ersucht, ihre Auffassung zur Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge in einem formulierten Vorschlag der Reichsregierung zu übermitteln. Den kommunalen Spitzenverbänden ist zugesagt worden, daß ihnen der Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums zugeleitet wird.

Wie das VDZ-Büro weiter hört, wird die Reichsarbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände nach Eingang des Entwurfes sofort in Beratungen eintreten, um einen eigenen Gesetzvorschlag auszuarbeiten, der der Reichsregierung überreicht werden soll. Auf Grund der anderen vorliegenden verschiedenen Vorschläge wird die Reichsregierung die Reform der Erwerbslosenfürsorge noch einmal überprüfen und ihre endgültige Entscheidung treffen.

Stürmische Sitzung des Münchener Stadtrates

— Die sozialdemokratische Fraktion aus dem Sitzungssaal entfernt.

WTB. München, 9. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Stadtrats gab namens der nationalsozialistischen Fraktion Stadtrat Ammer eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion hat in der letzten Sitzung des Stadtrats bei der Ehrung des Herrn Reichskanzlers Hitler und des Herrn Reichsstatthalters General v. Epp ostentativ den Saal verlassen. Die Behandlungsweise stellt eine unverschämte Provokation nicht nur unserer Fraktion, sondern auch der gesamten Münchener Bevölkerung dar. Wir lehnen daher jede weitere Zusammenarbeit mit den marxistischen Arbeiterverträtern ab und fordern die sozialdemokratische Fraktion auf, ein für allemal aus der Gemeindevertretung zu verschwinden. Aus den Reihen der nationalsozialistischen Fraktion erschollen darauf stürmische Pfuirufe: „Hinaus!". Bürgermeister Fiehler schloß die Sitzung und forderte die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in ihrem eigenen Interesse auf, den Saal zu verlassen. Da diese jedoch der Forderung nicht Folge leisteten, wurden sie von den Nationalsozialisten aus dem Sitzungssaal entfernt. Das Zimmer der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion wurde abgesperrt und ein SA-Posten davor aufgestellt.

Französische Truppen im Oberelsaß

CNB. Basel, 10. Mai. Die Schweizerische Depeschenagentur in Basel berichtet: Wie aus der unmittelbaren oberelsässischen Nachbarschaft berichtet wird, sind in der Nacht vom Montag auf Dienstag in verschiedenen oberelsässischen Ortschaften, so Hüningen, St. Louis usw. Truppen gelegt worden, im ganzen etwa ein Bataillon Infanterie, das auf 10 Lastwagen eintraf und mit Maschinengewehren und Revolverkanonen ausgerüstet ist. Es soll sich um Besatzungen handeln, die vorläufig auf längere Zeit in den betreffenden Ortschaften bleiben. Diese Besatzungen sind, wie Erkundigungen an französischer Stelle ergeben, darauf zurückzuführen, daß man einen vermehrten Schutz der Hüninger Schiffbrücke, der Dreiländerecke überhaupt und der wichtigen Kanaleingänge sichern will.

Hüningen, das die stärkste Besatzung erhält, war in früheren Jahrhunderten eine starke Festung und wurde im Jahre 1679 vom Festungsbaumeister Vauban ausgebaut, später wiederholt zerstört und geschleift und im Jahre 1815 endgültig als Festung zerstört.

Dr. Schachts Besprechungen

WTB. Washington, 10. Mai. An einem Frühstück, das Staatssekretär Hull heute gab, nahmen u. a. Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Botschafter Dr. Luther teil. Da das Staatsdepartement z. Zt. überlastet ist, kann Staatssekretär Hull, wie vom Staatsdepartement betont wird, zu seinem Leidwesen den einzelnen Vertretungen nicht die erhoffte Zeit widmen. Er muß sich vielmehr auf täglich kurze Besprechungen mit Dr. Schacht und den Abgesandten der anderen Länder beschränken.

Für den Nachmittag war ein erneuter Empfang Schachts bei Präsident Roosevelt vorgesehen. Wie verlautet, bestehen auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen beiden Regierungen keinerlei unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten. Mit dem genauen Kennenlernen der von beiden Seiten vertretenden Auffassungen ist auch auf politischem Gebiete der erstrebte Erfolg erreicht worden.

WTB. Washington, 10. Mai. Die heutige Unterredung im Weißen Hause zwischen Präsident Roosevelt, Staatssekretär Hull, Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Botschafter Luther verlief sehr befriedigend. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt. Dr. Schacht wird wahrscheinlich erst Freitag früh Washington verlassen und nach Newyork fahren.

Politische Tagesschau

Appell der nationalen Vereine und Verbände Oesterreichs an den Bundespräsidenten

WTB. Wien, 10. Mai. Die nationalen Vereine und Verbände haben sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundespräsidenten gewandt, in dem sie ihrer schweren Sorge über die Nachricht Ausdruck geben, daß die Beamtenschaft Oesterreichs zu einem neuen Eid auf die gesetzmäßige Regierung und die Selbständigkeit Oesterreichs gezwungen werden solle. In dem Schreiben heißt es, es erhebe sich die Frage, ob ein Umsturz vorliege oder nicht. Wenn er nicht vorliege, wozu sei dann ein neuer Eid notwendig.

Petit Parisien über die Besprechungen Roosevelt mit Dr. Schacht.

WTB. Paris, 10. Mai. Der Washingtoner Korrespondent des Petit Parisien erklärt, die Aussprache Roosevelts mit Dr. Schacht über Wirtschaftsfragen habe gezeigt, daß die deutsche Einstellung recht sehr bei französischen oder englische ähnle, nämlich daß einedemnächstige Stabilisierung des Dollars erforderlich sei und daß ein Zollwaffenstillstand zu begrüßen sei, daß jedoch eine weitere Entwertung des Dollars einen Währungsausgleichszoll notwendig machen würde.

Fortsetzung der französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen.

WTB. Paris, 9. Mai. Wie ein offizielles Communiqué besagt, fand unter dem Vorsitz der Präsidenten der Republik heute vormittag im Elysée ein Ministerrat statt. Er begrüßte einstimmig die freundliche Einstellung und den Geist des Verständnisses, den Präsident Roosevelt dabei gezeigt habe und wiederholte an Herriot Glückwunsch und Dank für die Durchführung seiner Mission. Der Ministerrat beauftragte den Außenminister, den französischen Botschafter in Washington anzuweisen, auf diplomatischem Wege weiter das Material zu sammeln, das für die späteren Entscheidungen der Regierung notwendig sein werde. In einer Havasauslassung, die dieses Communiqué ergänzt, wird hervorgehoben, daß also die Verhandlungen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung, namentlich über die Regelung der Schuldenfrage auf diplomatischem Wege weitergehen.

48stündiger Generalstreik in Spanien.

WTB. Madrid, 9. Mai. Aus ganz Spanien treffen Nachrichten ein, die einen 48stündigen Generalstreik ab Dienstag ankündigen. In mehreren Städten wurden führende Gewerkschaftler und in Madrid 40 Mitglieder des Anarchistenverbandes verhaftet.

Die Streiklage in Spanien. — Acht Tote, zahlreiche Verletzte.

WTB. Madrid, 10. Mai. Der Streik brach überall dort aus, wo der spanische Arbeiterbund einen gewissen Einfluß besitzt. — In der Provinz Valencia kamen bei einem Zusammenstoß zwischen Streikender und der Polizei drei Personen ums Leben und mehrere andere wurden verletzt. Bei einem Zusammenstoß in Alicante wurden zwei Personen getötet. Infolge der Explosion von Bomben kamen in Madrid drei Personen um und sieben erlitten schwere Verletzungen.

Japanische Fortschritte südlich der Großen Mauer.

WTB. Peking, 10. Mai. (Reuter.) Die japanischen Streitkräfte machen im Süden der Großen Mauer schnelle Fortschritte. Sie sollen den Luan-Fluß bereits nahe bei Luanschau überschritten und sich einer Anzahl von Städten, die sie vorher geräumt hatte, von neuem bemächtigt haben. Japanische Flugzeuge belegten Mijun 45 Meilen nordöstlich Pekings mit Bomben. Die Chinesen haben sich bei Anshan an der Eisenbahnlinie festgesetzt, wo sich schwere Kämpfe entwickeln.

Paraguay erklärt Bolivien den Krieg.

WTB. Newyork, 10. Mai. Wie Associated Preß aus Asuncion meldet, hat Paraguay nunmehr formell Bolivien den Krieg erklärt.

Tornado in Nordamerika. — Bisher 58 Tote.

WTB. Newyork, 10. Mai. Die Staaten Kentucky und Tennessee sind heute von einem Tornado heimgesucht worden. Nach den bisher eingegangenen Meldungen sind 58 Todesopfer zu verzeichnen. Am stärksten wurde die Grafschaft Overton im Staate Tennessee von der Sturmkatastrophe mitgenommen.

Klärung und Ordnung

S. Berlin, den 9. Mai.

Die beiden Erlasse des preußischen Ministerpräsidenten Göring, die sich einmal gegen Uebergriffe der Kampfbünde wenden und zum andern die Beziehungen zwischen Schupo, SA, SS und Stahlhelmen neu regeln, liegen auf einer Linie. Jetzt sind saubere Trennungsstriche zwischen dem Staat, den parteiamtlichen Instanzen und den privaten Gesinnungs- und Interessengemeinschaften gezogen. Damit werden bis zuletzt bestehende Zweifel darüber, wer zu Anordnungen und zu obrigkeitlichen Maßnahmen im öffentlichen Leben berechtigt ist, ausgeräumt.

In Zukunft stufen sich die Dinge so ab, daß im Bereich des Staates und des öffentlichen Rechts Regierung und Verwaltung, Wehrmacht und Schutzpolizei und schließlich noch auf der Uebergangslinie SA und SS stehen. Es wird jetzt ausdrücklich festgestellt, daß durch das eigene Dienststrafgesetz SA und SS zu Organisationen des öffentlichen Rechts erhoben worden sind. Nach welcher Richtung und in welchem Ausmaße diesen Wehrverbänden, die sich ausschließlich aus Mitgliedern der NSDAP zusammensetzen, Aufgaben, Pflichten und Befugnisse im öffentlichen Leben zugeteilt werden, wird sich erst an Hand von späteren Einzelbestimmungen ersehen lassen. Es wäre denkbar, daß der SA für bestimmte Anlässe, die ein vermehrtes Aufgebot von Ordnung notwendig machen, Aufträge zuerteilt werden, die an die geschlossenen Formationen gebunden sind. Im übrigen werden sich aus der neuen Stellung für den einzelnen SA-Mann in Uniform nur erhöhte Pflichten im Sinne der Disziplin und der öffentlichen Ordnung ergeben. Es ist aber selbstverständlich, daß innerhalb des staatlichen und öffentlich rechtlichen Bereichs jedes Durcheinander im Hinblick auf Aufgaben und Befugnisse und ebenso im Hinblick auf Befehlsgewalt und Dienststrafrecht ausgeschlossen wird. Darum kann kein Beamter der Stutzpolizei in Zukunft mehr der SA und SS angehören. Umgekehrt wird ein SA-Mann, der Dienst als Hilfspolizist tut, für diese Zeit beschlsmäßig und disziplinarisch allein den polizeilichen Vorgesetzten unterstellen. Für den Stahlhelm ist noch keine so eindeutige Lage geschaffen. Dem Schupobeamten ist zwar die Mitgliedschaft im Stahlhelm untersagt, ohne daß andererseits der Stahlhelm wie SA und SS zu einer öffentlich anerkannten Organisation erhoben worden wäre. Hier wurden offenbar die organisatorischen Voraussetzungen als noch nicht gegeben angesehen. Es ist aber anzunehmen, daß man sie noch schaffen will.

Was die Partei als solche betrifft, so wird ihre besondere und einzigartige Stellung im neuen Staate dadurch gekennzeichnet, daß die bei der Polizei vorhandenen nationalsozialistischen Fachschaften bestehen bleiben dürfen, während Organisationen anderer nationaler Verbände sofort aufzulösen sind. Die Partei als solche hat keine öffentlich rechtliche Stellung, sie gilt aber als die Organisation, deren Mitglieder dem Staate in besonderer Weise verpflichtet sind. Ein Verbindungsstab zwischen Partei und Regierung wird stets dafür sorgen, daß die Mitglieder der Partei an den Stellen, wo sie im Leben stehen, den Absichten und Zielen der Regierung gemäß handeln, da sie sonst Gefahr laufen, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. So wird der Rahmen der Partei zu einer Möglichkeit, den Willen der Regierungsführung reibungslos in eine breite Volksfront zu verlagern.

Die dritte Stufe wird von den reinen Gesinnungs- und Interessenverbindungen dargestellt. Es ist bisher weiteren Kreisen der Oeffentlichkeit nicht ganz klar geworden, daß die Kampfbünde für deutsche Kultur und für den gewerblichen Mittelstand keine parteiamtlichen Einrichtungen sind. Sie haben ebenso wenig wie die NSBO die Mitgliedschaft in der Partei als Voraussetzung. Die persönlichen Fäden laufen zwar hin und her, aber die organisatorische Verknüpfung ist doch nicht so, daß Willenskundgebungen dieser Kampfbünde immer in der Weise der Regierungsauffassung entsprechen, wie das bei parteiamtlichen Kundgebungen stets der Fall sein wird. Das hat sich jetzt gezeigt, als der Kampfbund für deutsche Kultur eine „Reichszentrale für das deutsche Theaterwesen" gründete. Daß hier keine vorausgehende Fühlungnahme stattgefunden hat, ergibt sich aus der amtlichen Mitteilung, daß der Ministerpräsident Göring mit Bedauern von ihr Kenntnis genommen hat und ihre Einflußlosigkeit öffentlich feststellen muß. Dasselbe gilt von Eingriffen, die der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes verschiedentlich in Betrieben vorgenommen hat, und die der Ministerpräsident jetzt als „nicht rechtmäßig" bezeichnen mußte. Als private Gesinnungs- und Interessengemeinschaften sind auch noch andere Verbände, wie z. B. der NS-Lehrerbund usw. anzusprechen, die nicht ausschließlich auf der Parteimitgliedschaft aufgebaut sind. Zweifelsfrei im Sinne der Regierungsauffassung dürfen nur Willenskundgebungen der Partei als solcher angesehen werden, weil die Organe und die Mitglieder dem Befehl des Führers verpflichtet sind, der gleichzeitig die Regierungsmacht in sich verkörpert.

Daß die Kampfbünde sogar Entwicklungsmöglichkeiten in sich tragen, die nicht im Sinne der geltenden Staatsauffassung liegen, das ist jetzt auch erkannt worden. In dem Erlaß des amtlichen preußischen Pressedienstes ist darauf hingewiesen worden, daß eine Entwicklung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand in der Richtung auf eine neue Wirtschaftspartei unter allen Umständen verhindert werden soll. Dem Leiter dieser Bünde ist es jetzt zur Pflicht gemacht, die Aktivität ihrer Mitglieder auf die Verbreitung und Vertiefung der neuen Staatsgesinnung in ihren Berufsverbänden zu beschränken. Die Interessenvertretung will der Staat selbst im Rahmen der neuen ständischen Gliederung der Wirtschaft in die Hand nehmen. Alle Ansätze zu neuer parteimäßiger oder interessenmäßiger Gliederung sollen im Keime erstickt werden. Es ist bezeichnend für die Hellsichtigkeit und Aufmerksamkeit der neuen Staatsführung, daß sie Gefahren nach dieser Richtung in ihren ersten und leisesten Anzeichen erkennt und sofort zu ersticken weiß. Die letzten „Nester des Widerstandes" werden verschwinden, und e. wird nicht geduldet, daß sich Keimzellen einer Entwicklung bilden, die nicht im Sinne des totalen nationalsozialistischen Staates liegen würden.

Der Altonaer Blutsonntag vor Gericht

CNB. Altona, 9. Mai. Der wiederum unter großer Anteilnahme des Publikums begonnene zweite Verhandlungstag d. Sondergerichtsprozesses über die Ereignisse des blutigen 17. Juli in Altona brachte den Abschluß der ersten Angeklagtenvernehmungen. Fast alle Angeklagten bestreiten entschieden die ihnen zur Last gelegten Dinge. Unter anderem wird Möller gehört, der die tödlichen Schüsse auf die beiden SA-Leute abgegeben haben soll. Die Beschuldigung stützt sich auf das Sachverständigengutachten, nach welchem die fraglichen Schüsse aus einer angeblich Möller gehörenden Waffe abgegeben wurden. Besondere Bedeutung legte man am Dienstag der Vernehmung von Luettgens bei, der als einer der Hauptführer, wenn nicht als der Leiter des ganzen gilt und bei dem man Schriften und Straßenskizzen fand, die auf die Ereignisse hindeuten. Luettgens, der seine Anwesenheit bestreitet, war längere Zeit in Rußland und besitzt einen auf Kapitän Lange lautenden Paß.

Mittwoch 9 Uhr soll die Zeugenvernehmung einsetzen.

Bastide über seinen Aufenthalt in Deutschland

WTB. Paris, 9. Mai. Der Matin veröffentlicht einen Artikel des radikalen Abgeordneten Bastide, der darin die Eindrücke von seinem dreiwöchigen Aufenthalt in Deutschland niederlegt. Der Abgeordnete erklärt, daß die Lage in Deutschland dem französischen Beobachter keinen Grund zu unmittelbarer Beruhigung gebe. Man befinde sich einer Tatsache gegenüber, die abzuleugnen oder zu unterschätzen sinnlos wäre, nämlich der allmählichen Aufsaugung von 65 Millionen Menschen von einer Bewegung, deren Richtung durch ihre Eigenart zwar Vorbehalte wachrufe, sich aber in ihrer Größe dem Ausländer mit unverkennbarer Augenscheinlichkeit aufdränge. Das nationale Regime habe alle Aussicht, sich in Deutschland zu halten, weil es kraftvoll einer dreifachen Physiognomie entspreche, der militärischen, der romantischen und der proletarischen, also dem Gefühl und den Bedürfnissen des Volkes. Wer mit dem Sturz dieses Regimes rechnet, dem Tod der früheren Parteien nachtrauere und ihre Rückkehr erwarte, der halte sich mit Hirngespinsten. Nach Hitler gebe es nur noch das Chaos. Man könne nicht verkennen, daß diese Erhebung eines Volkes große Seiten zeige. Es sei niemals gut, seine Gegner zu verachten. Wenn die Anhänger Hitlers den Franzosen erklärten, sie führten die Revolution der nationalen Einigung durch, wie sie die Franzosen in der Vergangenheit selbst durchgeführt hätten, so hätten sie damit nicht ganz unrecht. Das sei nach ihrer Aussage die Hauptbedeutung des 1. Mai und der Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld gewesen. Mit einer Größe und einer Disziplin, die ausgesprochen germanisch seien, und in einer Wagnerschen Dekoration habe dieses große Frühlingsfest in gewissen Punkten an das erinnert, was die Feier des 14. Juli 1789 für Frankreich bedeute.

Grundlagen der künftigen deutschen Schulpolitik

WTB. Berlin, 9. Mai. Im Reichsministerium des Innern fand heute eine Zusammenkunft der Unterrichtsminister der deutschen Länder unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Frick statt. Reichsinnenminister Dr. Frick legte dabei die

Grundlagen der künftigen deutschen Schulpolitik

ausführlich dar. Jetzt müsse die Grundlage, so führte der Minister u. a. aus, für die Erziehung unseres Volkes geschaffen werden. Die nationale Revolution gebe der deutschen Schule u. ihrer Erziehungsaufgabe ein neues Gesetz. Sie habe den politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzele und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates zuinnerst verbunden sei. Die Größe dieser Aufgabe erfordere, daß die Erziehung im Rahmen eines gemeinsamen Planes einer deutschen Nationalerziehung erfolge. Er denke dabei keineswegs an Uniformität des Bildungswesens oder an zentralistische Anordnungen des Reiches.

Als seine besondere Aufgabe sehe er, der Minister, es an, mit den Kultusministern der Länder ein gutes und ständiges Einvernehmen in allen Schulfragen zu unterhalten und er bitte, daß sie sich bei ihren Maßnahmen einander angleichen und nicht ohne zwingenden Grund voneinander abweichen. Die neue Schule gehe grundsätzlich vom Gemeinschaftsgedanken aus, der freie Bindung des Einzelnen durch das Gemeinschaftswohl fordere. Der Jugend müsse ein so **starkes völkisches Selbstbewußtsein** mit ins Leben gegeben werden, daß die Gefahr einer Entdeutschung ein für alle Mal gebannt sei. Der fremdsprachige Unterricht werde auch weiterhin dem Verständnis der Zusammenhänge die Wege ebnen. Auch auf dem Gebiete der Pflege unserer Muttersprache habe die Schule wichtigste Aufgaben zu lösen. Der deutschen Schrift gebühre der unbedingte Vorrang vor der lateinischen. Der Aufbau des Geschichtsunterrichtes und die Schaffung neuer Geschichtsbücher bedürfe ganz besonderer Aufmerksamkeit. Wir müßten unsere völkische Entwicklung aus dem Boden und den Rassenverhältnissen unserer eigenen Heimat erleben. **Ein Hauptziel der Geschichtsbetrachtung habe vor allem das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges und die Unwürdigung unseres Volkes durch das Versailler Diktat, ferner der Zusammenbruch der liberalistisch-marxistische Weltanschauung und der Durchbruch des nationalsozialistischen Freiheitsgedanken zu bilden.** Auch das Schicksal der vom Vaterlande losgelösten deutschen Brüder müsse in der Schule mehr als bisher beachtet werden. Der Blick für selbständige Beobachtung der Rassenunterschiede müsse geschärft werden. Die rassenkundliche Aufklärung sei durch eine erbgesundheitliche zu ergänzen.

Die körperliche Ertüchtigung sei eine unentbehrliche Voraussetzung unserer völkischen Lebensdauer. Besonderer Wert ist dabei auf die Heranbildung von Willens- und Entschlußkraft zu legen. Eine besondere Seite dieser Aufgabe sei die

Erziehung zur Wehrhaftigkeit.

Das deutsche Volk müsse wieder lernen, im Wehrdienst die höchste vaterländische Pflicht und Ehre zu sehen. Hier müsse die Schule die notwendige Vorarbeit leisten.

Die Zahl der Abiturienten und Hochschüler dürfe das vernünftige Verhältnis zum Bedarf der Berufe an höher vorgebildeten Kräften nicht verlieren.

Der Minister erklärte weiter, er halte es nicht für erforderlich, die unbrauchbaren Verfassungsbestimmungen über die Schule ausdrücklich außer Kraft zu setzen. Die nationale Regierung wolle nicht die Politisierung der Schule in einem parteipartikularischen Sinne, aber der politische Charakter der Schule müsse so sein, daß die gliedhafte Einordnung in das Volksganze durch ihre Erziehung herbeiführe. Mit einem Verbot der staatsgefährlichen Vereine allein werde nicht genug geschehen sein, vielmehr müsse auch der versteckten politischen Propaganda staatsgefährlicher Elemente begegnet werden.

Ein voller Erfolg aller Maßnahmen könnte erst dann erwartet werden, wenn die Lehrerbildung und die Lehrpläne in der vorgezeichneten Richtung erneuert worden seien. Wichtig sei vor allem auch, daß keine schulpolitische Maßnahme zu einer unerwünschten Verlängerung der Berufsausbildung führe, da die eugenische Gesamtlage unseres Volkes jede Hinausschiebung des Heiratsalters verbiete. Dr. Frick betonte zum Schluß, das zurzeit heranwachsende Geschlecht werde in einem Geiste groß werden, der ein ständiges Weiterbauen am Reformwerk erleichtern und neue Zielsetzungen mit sich bringen werde.

Im Anschluß an die Rede Dr. Frids fand eine Aussprache statt, die volle Einmütigkeit in allen wesentlichen Punkten ergab. Der bayrische Kultusminister Schemm gab die Erklärung ab, daß für alle Unternehmungen, Absichten und Stellungnahmen des NSLB ausschließlich die Nationalsozialistische Lehrerzeitung (Bayreuth) maßgebend sei.

Greuelhetzer verhaftet

WTB. Berlin, 9. Mai. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Am 6. Mai wurde in Warnemünde der sozialdemokratische Berichterstatter Olaf Larsen verhaftet, der als Korrespondent norwegischer Zeitungen in Deutschland tätig ist. Larsen hatte in der norwegischen Zeitung „Nordlis" unter der Ueberschrift „Furchtbarer Terror aus der Nähe gesehen" einen Bericht veröffentlicht, der offensichtlich entstellte böswillige Nachrichten über die Zustände in Deutschland enthielt. Außerdem kündigte Larsen eine Artikelreihe gleicher hetzender Tendenz an. Hierdurch beabsichtigte Larsen, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist und nach seiner Schreibweise offensichtlich kommunistische Neigungen hat, der Greuelhetze im Auslande erneut Nahrung zu geben.

Freiburg i. Br., Kaiserstraße 103

Die richtigen Qualitäten für Frühjahr und Sommer

Billiger

Messe-Verkauf

Extra-Angebote Damen-Wäsche

Damen-Schlüpfer prima Baumwolle und zweifädig Mako Stück M. 1.50 0.95 — **0.50**

Damen-Schlüpfer Charmeuse-maschenfest und Mattseide Stück M. 2.50 2.20 1.50 — **0.95**

Büstenhalter Trikot und Mattseide, elegante Ausführung Stück M. 2.20 1.75 1.25 — **1.00**

Damen-Nachthemden Batist und Popeline, in moderner, neuer Ausmusterung . . . Stück M. 4.50 3.95 2.95 2.50 — **1.35**

Damen-Hemden Bemberg „Mattcrêpe", die neuen zarten Pastellfarben . . . . . Stück M. — dazu passend Schlüpfer . . . . . Stück M. 1.75 — **1.95**

D.-Hemdchen „Juvena" Bemberg „Interlock matt", elegantes, neues Gewebe, in allen zarten Farben . . Stück M. — dazu passend Schlüpfer . . . . . Stück M. 1.75 — **2.50**

Damen-Unterkleid alle neuen Gewebe in Mattseide, Charmeuse usw., Taillenform Stück M. 7.75 6.50 4.75 3.50 — **2.50**

D.-Hemdhose „Juvena" Taillenform, „Bemberg matt", das bevorzugte, edle Material für elegante Wäsche Stück M. — **2.95**

Damen-Schlafanzüge in neuer, flotter Ausmusterung, in Batist-Popeline- und Mattcrêpequalitäten Stück M. 9.75 6.50 4.95 4.25 — **2.95**

Wenn das Armsündergläckchen läutet . . .

Wie führt die Welt gemeine Verbrecher?

Die Doppelhinrichtung in Plötzensee, die am Dienstag früh zwei zuchthäusler Menschen ihrer gerechten Strafe zuführte, hat noch einmal die Hinrichtung des Massenmörders von Düsseldorf, Kürten, wieder in Erinnerung gebracht. Nun hat der Scharfrichter Gröpler vereinzelt Stellungnahmen ausgesprochener Tobsuchtsanfälle hatt. Nun haben an einem Tag zwei Gewaltverbrecher ihre Sühne gefunden. In Plötzensee wurde die Raubmörder Mehns und Kabellitz, in Werden der Mörder Schröder, der wegen Brandstiftung des Mordes zum Tode verurteilt war, hingerichtet. Dort vollzog der Scharfrichter Gröpler das Wagstück, hier der Scharfrichter Schwabe die Hinrichtung.

Während in Deutschland bislang entweder durch das Handbeil oder in den jüdischen Freiländern durch das Gottes Kugel die Todesstrafe vollstreckt wurde, und auch heute noch in dieser Form üblich ist, hat eine Verordnung der Reichsregierung unlängst die Möglichkeit gegeben, in Zukunft in Deutschland auf die Todesstrafe durch Erhängen zu verzichten. Erhängung in Deutschland unbekannt. Einführung war die Todesstrafe in Deutschland nur die Axt, während Wilhelm und Hitler den Tod durch Erschießen bevorzugten. Allein in Preußen gab es zwei verschiedene Arten der Hinrichtung durch Enthauptung. Im Rheinland wurde die Hinrichtung durch Fallbeil vollzogen, nach dem Vorbild der französischen Guillotine. In Altpreußen und Berlin ist das Handbeil noch üblich, während in Mecklenburg das Enthaupten, einer ganz alten Vorschrift zufolge, mit dem Schwert vollzogen wird. Es wurde beispielsweise Zarbowski mit dem Schwert hingerichtet.

Im Ausland, wo die Todesstrafe noch nicht abgeschafft ist, sind nur noch zwei Todesstrafen üblich: Köpfen oder Hängen. Ungarn Oesterreich-Ungarn angewendet wurde. In Italien, wo die Todesstrafe vor einigen Jahren wieder eingeführt wurde, wird der Verurteilte durch Guillotine in den Nacken hingerichtet. Auch in Holland vollzieht eine Abteilung Scharfrichter die Todesstrafe. In Belgien und zum Teil auch die Schweiz, wo die Todesstrafe abgeschafft. England dagegen vollzieht sie noch wie vor durch Strang, ebenso seine Kolonien. Frankreich kennt sich offiziell nicht zur Todesstrafe, läßt eine große Anzahl von Verbrechern durch Militärgerichte aburteilen und die Verbrecher erschießen. Ebenso verfährt Italien, während Frankreich Hängen.

Ganz unentschieden liegen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten. Jeder Bundesstaat kann noch eigenem Gutdünken verfahren. Zu vielen Staaten wird wie in Europa die electrische Stuhl benutzt, andere erhängen ihre Delinquenten, während wieder andere Staaten die Todesstrafe durch Erschießen vollziehen. Auch in Mittel- und Südamerika ist der electrische Stuhl bekannt. Mexiko, Panama und die USA-Staaten lassen hängen, während in den anderen Staaten Erschießen und die Guillotine vorherrschen. Japan und China richten mit dem Schwert.

Der Ausdruck der Sinnlichkeit des Verbrechens ist nur in Deutschland bekannt und geht auf die berüchtigte Nachrichtenzentrale der Julianbsdant Max Kunert wegen jetzt zum Tode u. 18 jn lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt worden seien. Ueber weitere 300 Verfahren wurde Zwangsarbeit verhängt. Es ist sich um Kommunisten handeln, die an der Wahlbewegung in Coßmannsha im Jahre 1930/31 beteiligt waren.

Erfolgreiche Revision der Verurteilten im Greif-Prozesse

WTB. Warschau, 9. Mai. Der Oberste Gerichtshof hat der Revision der im Greif-Prozesse Verurteilten Folge gegeben und den Prozeß an das Appellationsgericht zurückverwiesen. Am 11. Februar des Jahres 1933 wurde der Prozeß gegen die Mitglieder der Nationalen Partei, die gegen Juden der Beteiligung an Ausschreitungen in Grodno, die im August 1930 verübten gemäß Artikel 1 des Gesetzes zum Schutze des Friedens zu 1½ bis zu 3 Jahren verurteilten und einen Teil d. Geldstrafen und einen Teil d. Gerichtskosten zu entrichten hatten. Das Strafverfahren gegen Kunert, das bereit vor einem Jahr eingeleitet worden ist, konnte bisher nicht zum Abschluß gebracht werden, da Kunert ins Ausland geflüchtet war.

Schwere Strafen für Kommunisten in Coßmannsha

WTB. Paris, 9. Mai. Nach einem Telegramm der Kommunistischen Zeitung „Humanité" aus Saigon sollen acht Kommunisten zum Tode u. 18 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden sein. Ueber weitere 300 Verfahren wurde Zwangsarbeit verhängt. Es ist sich um Kommunisten handeln, die an der Arbeitsbewegung in Coßmannsha im Jahre 1930/31 beteiligt waren.

Der Kaiserwälzer

Roman aus der Zeit des Weltkriegs

Johann Strauß, von Hellmut Kayser

Copyright by K. u. K. Greiner, O.m.b.H. Meßkirch (Baden).

41 (Nachdruck verboten)

Tessa weiß aus der Tasche ihr Tüchel nehmen und bedeckt damit die Schnittwunde heraus.

Alexander hält sie fest, ganz.

Gleich, daß es die gleiche Karte ist, die er auch gestern und wieder in den nächsten Augenblick hat er begriffen und eine jäher unterbrochene Gefängnis erfüllt ihn.

Er nimmt das zitternde Mädchen in den Arm und küßt sie. Zu langem, seligem Kuß, finden ja sich, alles haben sie um sich vergessen, denken nur daran, daß sie sich lieben, lieben über alles.

Sie hängt an seinem Halse und küßt ihn, weiter, und die Tränen laufen die Wangen herunter.

„Du — Du — warum weinst Du Schätze?" fragte er innig. „Vor Glück" gestehe ihm zuletzt, „Endlich nimmst Du Deine Tessa, endlich!"

„Du, Du — Liebste! Wollteß mit mir zeitlebens! Wie soll ich, ich, dumm, wollteß? Meine werden auf dem Schiff? Was so?"

„Sal Sch hätte nicht können ohne Dich, die lange Zeit! Sch wollt mit mein Vater auch, Sch hätte nicht können ohne Dich, Du lieb — Du — Du darfst mich, nicht lächeln!"

„Du — Du — warum weinst Du Schätze?" fragte er innig. „Vor Glück" gestehe ihm zuletzt, „Endlich" nimmst Du Deine Tessa, endlich!"

„Du, Du — Liebste! Wollteß mit mir zeitlebens! Wie soll ich, ich, dumm, wollteß? Meine werden auf dem Schiff? Was so?"

„Sal Sch hätte nicht können ohne Dich, die lange Zeit! Sch wollt mit mein Vater auch, Sch hätte nicht können ohne Dich, Du lieb — Du — Du darfst mich, nicht lächeln!"

„Sch küßt Sie wieder. Sch glaubt, daß es die gleiche Karte ist, die er auch gestern und wieder in den nächsten Augenblick hat er begriffen und eine jäher unterbrochene Gefängnis erfüllt ihn.

Er nimmt das zitternde Mädchen in den Arm und küßt sie. Zu langem, seligem Kuß, finden ja sich, alles haben sie um sich vergessen, denken nur daran, daß sie sich lieben, lieben über alles.

Sie hängt an seinem Halse und küßt ihn, weiter, und die Tränen laufen die Wangen herunter.

Als Bekämpfungsmittel gelten auch für kleine Kohlweißling tritt meistens mit ihm vergesellschaftet auf, erreicht ihn an Schädlichkeit aber nie. Die Falter und auch die Raupen dieses kleinen Schmetterlings sind so bekannt, daß auf ihre Beschreibung verzichtet werden kann. Auch die Bekämpfungsmaßnahmen können zunächst handgreifliche Schädlinge

Turnen, Spiel und Sport

Breisgauer Turngau.

Der Gauturnrat tagte am 6. Mai d. J. zu Freiburg. — Turnerbund Krozingen, der kein Lebenszeichen von sich gibt, wird von der Liste der Gauvereine gestrichen. — Turnverein Denzlingen wird unter Vorbehalt der Bestätigung in den Gau aufgenommen. — Bezüglich der Differenzen im Tb. Bahlingen wird der Gauvertreter ermächtigt, eine Entscheidung zu treffen. — Als Obmann des Wehrturnens wird Gauschwimmwart Oskar Fink, Freiburg i. Br., Bleichstr. 20, ernannt, als Verbindungsmann Jugendwart Herkerich, Freiburg i. Br., Dreikaniegstr. 29. — Die Radfahrer waren diesmal verhältnismäßig schwach besucht, was anscheinend mit der Einführung der 10-Km.-Strecke zusammenhängt. Die Leistungen waren verhältnismäßig gut, besondere Anerkennung verdient die Leistung des Gauwestlers Koenig, Freiburg, der sich auch bei den Waldläufen des 10. Turnkreises an 3. Stelle plazieren konnte. — Der Kunstturnervereinigung wird gestattet, ihren diesjährigen M.T.V.-Tag im Rahmen der 50-Jahrfeier des Tv. Endingen am 20. August oder 3. September 1933 dort abzuhalten. — Nach Mitteilung der Kreisleitung werden alle Vereine mit Steuerrückständen geschwärzt. Alle beantragten Ehrungen werden erst dann genehmigt, wenn d. Steuern bezahlt sind. — **Das 50-Jahr-Gauturnen in Emmendingen soll unter allen Umständen durchgeführt werden.** — Ueber die Osterbeschlüsse der D.T. in Stuttgart berichtete der Gauvertreter sehr eingehend und er gab dann auch die Richtlinien des Kreises bekannt. — Die Verleihung von Ehrennadeln, Ehrenbriefen u. ä. soll diesmal anläßlich des Gauturnens im Rahmen der Siegerehrung stattfinden. — Eine Turnausschußsitzung findet in 14 Tagen statt. — Da der seitherige Gauvertreter sein Amt zur Verfügung stellte, wurde Turnlehrer August Voos, Freiburg i. Br., Freiburgstr. 74, einstweilen mit der Führung dieses Amtes betraut. — Mit dem Dank für das ihm bewiesene Vertrauen schloß der Gauvertreter seine Amtshandlung und es wurde ihm der heiße Dank für seine zwar kurze, aber sehr erfolgreiche und umsichtige Führung ausgesprochen.

F.C. Teningen I — F.V. Rimburg I 5:1 (2:1). Eden 3:7. Zwei alte Rivalen waren es, die sich am Sonntag zu einem Freundschaftstreffen auf dem Teninger Spielfeld gegenüber standen. Von jeher trugen die Spiele der beiden Mannschaften immer eine herbe Note und auch dieses Treffen wurde nicht immer mit fairen Mitteln durchgeführt. Gewonnen hat das Spiel die durch ihren Spielaufbau und ihr Zusammenspiel bessere Teninger Elf, allerdings erscheint der Torunterschied zu hoch, zumal von den fünf Toren zwei als Abfeiltore gefallen sind. Gleich von vornherein legten beide Mannschaften ein flinkes und flüssiges Spiel zu Tage, das beiderseits verteilt war und hüben und drüben klare Chancen zeitigte, die aber vergeben wurden. In der 14. Minute kam dann Rimburg infolge eines vom Teninger Torwart verlorenen Balles ein Tor einbringen, das allerdings sein erstes und letztes werden sollte. Bald darauf schießt Teningen aus klarer Abseitsstellung zum Ausgleich ein. Ein weiteres Tor aus fraglicher Stellung, da der erste Schuß klar abseits geschossen, während der Nachschuß, der das Tor Bomertsheimgale, natürlich nicht mehr in Abseitsstellung getreten wurde, brachte dann das Halbzeitergebnis mit 2:1 Toren für den Platzverein. Rasch nach Umstellung konnte dann Teningen durch einen Alleingang ein schönes 3. Tor und bald darauf abermals durch einen Durchbruch das 4. Tor erzielen. Ein Elfmeter, infolge unfairen Unterbindens im Strafraum, erhöht das Resultat auf 5:1. Obwohl nun Rimburg nach verschiedentlich bedrohliche Situationen heraufbeschwört, verlaufen dieselben, infolge mangelhaftem Zusammenspiel, im Sande.

Handel und Verkehr

Beratungen über Zinssenkung. Wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz erfährt, fand unter dem Vorsitz des Reichskommissars für die Wirtschaft, Dr. h. c. Wagener, eine Besprechung im Kreise der Banken und Kreditinstitute statt, die dem Ziele einer Zinssenkung dienten. Wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondent weiter meldet, ist man bereits zu recht eindeutigen Feststellungen über die zu treffenden Maßnahmen gekommen. Die Wirtschaft kann damit rechnen, daß noch in diesem Monat eine Zinssenkung in erheblichem Ausmaße stattfindet. Die endgültige Entscheidung fällt erst nach der Rückkehr des Reichspräsidenten von seiner Amerikareise fallen.

Der Schweizerische Außenhandel. Im April 1933 betrug die schweizerische Einfuhr 123,5 Millionen sfr., die Ausfuhr 60,2 Millionen fr. Rein ziffernmäßig sind im April der Import um 17,8 Millionen, der Export um 6 Millionen fr. geringer ausgewiesen als im Vormonat. Die Einfuhr ist dem Werte nach — je Arbeitstag gerechnet — von 5,3 Millionen fr. im März auf 5,4 Millionen im Berichtsmonat gestiegen. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 2,6 auf 3 Millionen für den Arbeitstag. — Infolge dieser Wandlungen im Außenhandel hat sich das Defizit der Handelsbilanz verringert und zwar von 71,5 Millionen im März auf 55,3 Millionen in der Berichtszeit. Damit liegt der derzeitige Passivsaldo der schweizerischen Außenhandelsbilanz um 24,8 Millionen sfr. tiefer als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1932.

Stadttheater Freiburg i. Br.

Donnerstag, 11. Mai, 20 Uhr, Ende 22.30 Uhr (Donnerstag-Miete): **Madame Butterfly** (Die kleine Frau Schmetterling). Tragödie einer Japanerin in drei Akten von Giacomo Puccini — Dichtung (nach John L. Long und David Belasco) von L. Illicia und G. Giacosa — Deutsch von Alfred Brüggemann

Freitag, 12. Mai, 20 Uhr, Ende 22.30 Uhr (Auß Miete) Gastspiel Kammersänger Willi Domgraf, Festbaender, Berlin (Bariton): **Rigoletto.** Oper in vier Aufzügen von Guiseppe Verdi — Dichtung von F. M. Piave — Deutsch von F. G. Grünbaum.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vorm. Dölter, Emmendingen, — Geschäftsinhaber: Karl Eppig und Wilhelm Jundt Erben.
Verantw. Redakt.: Otto Teichmann, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen

Im Konkursverfahren über den Nachlaß des **Metzgermeisters Ludwig Weiß und dessen Ehefrau Marie Luise geb. Horne in Emmendingen** ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlußtermin bestimmt auf: **Mittwoch den 31. Mai 1933, vorm. 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier, 2. Stock, Zimmer Nr. 24. 1881

Emmendingen, den 8. Mai 1933.

Amtsgericht.

Bekanntmachung

Billige Schuhmesse

nur beste Waren zu den billigsten Preisen finden Sie im

Schuhhaus Josef Schätz

Freiburg / Eisenbahnstr. 38

Ein Versuch wird Sie überzeugen von Qualität und Billigkeit 1875

Wissen Sie schon?

daß in 2—3 Stunden jede nicht allzu große Wäsche in meiner 1879

Miet-Waschküche

gewaschen **und gleichzeitig zu 80%** getrocknet wird? Sie sparen nicht nur Geld, sondern auch Kraft u. Gesundheit.

Wilh. Wolfsperger, Markgrafenstr. 44
elektr. Mietwaschküche Emmendingen

Wenn Sie

zur Messe

nach **Freiburg** kommen, dann besuchen Sie uns bitte. Wir bringen viele Neuheiten in **Kleiderstoffen,** Wolle und Seide. Auch finden Sie bei uns sämtliche **Baumwollstoffe** für Kleider, Wäsche u. sonstige Zwecke

Die **Auswahl** in allen Abteilungen ist groß und bringen wir wie bekannt nur gute **Qualitäten** zu billigen Preisen.

TEXTILHAUS

Kürzel

Freiburg i.B., Kaiserstr. 49

Sonntag von 2—6 Uhr geöffnet 1874

Plakate!

Hier werden Reichs-Verbilligungsscheine angenommen!

siehe Bekanntmachung in gestriger Nummer

mit zwei Oesen zum Aufhängen

vorrätig zu haben in der

Druck- und Verlags-Gesellschaft
Emmendingen, Karl Friedrichstraße 11

Wolf Günther

Uns wurde heute ein kräftiger

Junge

geboren

EMMENDINGEN, den 8. Mai 1933

Rudolf Dieffenbach
Lisl Dieffenbach

1887

Neu eingetroffen zur „Freiburger Messe"

große Auswahl in

Damenhüten

Besichtigen Sie meine Lager, für jeden Geschmack ist der richtige und billige Hut dabei

M. Weinberg ✱ Freiburg

Kaiserstraße 26, Ecke Ringstraße

Am Sonntag ist das Geschäft von 2—6 Uhr geöffnet! 1882

Existenz

General-Vertreter als dortiger Bezirksleiter ges. hch. Verd. Ortu. Berufgl. (kostl. Anleitung)

Kahmann & Müller
Hilden Rhld. 99

Schönes, sonniges

Zimmer

mit Zentralheizung sofort billig zu vermieten Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl.

Gesucht

1500 RM.

auf 1. Hypothek gegen gute Sicherheit.

Schriftl. Angeb. unter Nr. 1860 a.d. Geschäftsst. d. Bl.

Lagerraum

auch für **Werkstätte**

geeignet sofort zu verm. Wo sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine kompl. Küche

bestehend aus: **2 Küchenschränke, 1 Tisch, 2 Hocker, 1 Küchenschaft, 1 Kommode,** alles preiswert zu verkaufen 1864
Freiburg Rennerstr. 21

Zu verkaufen 12 Ztr.

Gersten-Stroh

Karl Schumacher
Wagner, Köndringen

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Bräutigam, unser guter Bruder und Schwager

Julius Blum

am Montag, den 8. Mai 1933, infolge Unglücksfalles im Alter von 32 Jahren rasch und unerwartet von uns gerissen wurde.

Emmendingen, den 11. Mai 1933

In tiefer Trauer:
Anna Lanz, Braut
Familie Wilh. Sexauer, Köndringen
Familie Otto Sexauer, Köndringen

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, 11. Mai nachm. 1/3 3 U. vom Trauerhause, Neustr. 26, aus statt.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgrossvater

Joh. Georg Mühlemann

nach kurzem Leiden im Alter von 80 Jahren zu sich zu nehmen.

Sexau-Eberbächle, den 11. Mai 1933

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Gottfried Roser, Sexau
" **Wilh. Mühlemann,** Windenreute
" **Karl Mühlemann,** Hochburg
" **Otto Mühlemann,** Freiburg
" **Herm. Mühlemann,** Sexau-Eberbächle

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Mai nachmittags 1/3 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danke der lieben Mutter zum Muttertage mit einem Blumengruss aus der

Gärtnerei Hambrecht.

Die Mutter gedenkt Deiner alle Tage, Gedenke ihrer am Muttertage!

SA Sturm 11/113 Emmendingen

Samstag, 13. Mai, abends punkt 1/2 9 Uhr im Bautz-Saale

Ein fescher Junge

Militär-Schwank in 3 Aufzügen / Spielleitung: Emil Geler

I. Platz Mk. 1.— (numeriert) / II. Platz —.50 / Arbeitslose —.30
Kassenöff. 1/2 8 U. / Ende 11 U. / Vorverk. Fritz Weintz, Emmendg.

Die beste Reklame .... ein Zeitungs-Inserat!

Feinste Allgäuer
Sührahm-Butter
1 Pfund **1.20 RM.**

Bierwurst
1 Pfund **80** ₰

Salami
1 Pfund **95** ₰

Schweizerkäse 45%
1 Pfund **90** ₰

Allgäuer o. A. 20%
1 Pfund **35** ₰

Stangenkäse 20%
1 Pfund **32** ₰

Weiß- und Rotwein
1886 1 Liter **65** ₰

Thams & Garts
m. b. H.
Emmendingen

Sommer Sprossen

Das garantiert wirksame Mittel ist und bleibt
Frucht's Schwanenweiß
1.60 u. 3.15
Die Wirkung wird beschleunigt durch
Schönheitswasser Aphrodite
1.60 u. 3.15

Damen-Frisier-Salon
Parfümerie M. Kraft
Markgrafenstr. 35 1274

Pelztierzucht

Jedem Interessenten raten wir, den hochinteressanten, reich illustrierten Prospekt: Pelztierzucht, Ziele und Wege, unverbindlich und kostenfrei von dem Verlag „Der Deutsche Pelztierzüchter" (S. G. Mauer) München 2 C, Sparkassenstr. 11, anzufordern. Größter deutscher Fachverlag für die Pelztierzucht-Literatur:
Bernatzki, Die Silberfuchszucht 9. Auflage RM. 10.—
Walther, Der Samtbiber (Nutria). 2. Aufl. Broschiert RM. 8.50, geb. RM. 10.—
Wieden, Der Nerz. Broschiert RM. 5.—, geb. RM. 6.75
Stück, Der Waschbär. Broschiert RM. 4.50, geb. RM. 6.75
Gerlach, Die Farbenspielchinchilla. Broschiert RM. 8.50, geb. RM. 10.—
Dugiatho, Rentabilität und Wirtschaftlichkeit der gesamten Pelztierzucht. 2. Aufl. RM. 5.—
Hill, Kaninchenzucht der Gegenwart (das größte und neueste, illustrierte Kaninchenwerk). Brosch. 10.—, geb. RM. 12.—
Hill-Schwabacher, Angorakaninchen. Brosch. RM. 2.70, geb. RM. 3.50
Marx Wilhelm, Das Angorakaninchen als Wirtschaftsrasse. Brosch. RM. 4.50, geb. RM. 5.75 usw.

Rasterklingen 10 St. 60 Pfg.
an, Klingenschleifmaschin. 1.25 M an, Streichriemen, Rasiermesser 1.50 M an, Rasierseife, Rasierpinsel, Rasierspiegel bei
Karl Emmenecker, Emmendingen, Lammstr. 18 26

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis: monatl. frei Haus Mark 1.85 durch die Post bezog. Mk. 1.70 zuz. Zustellgeb.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Emmendinger Zeitung — Emmendinger Tagblatt
Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen
Beilagen: „Ratgeber des Landmanns" und „Breisgauer Sonntagsblatt". Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl

Inserate: Grundpreis für die 34 mm breite, 1 mm hohe Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig, für die 68 mm breite, 1 mm hohe Reklamezeile oder deren Vorzugsraum 30 Reichspfennig. Bei Platzvorschrift 20 Prozent Aufschlag. Etwa vereinbarter Anzeigenrabatt fällt bei Zahlungsverzug, gerichtlichem Mahnverfahren, gerichtlichem Vergleich und Konkurs fort. Bestellgeld für das Tausend 10.— Reichsmark ohne Postgebühr.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303 — Geschäftsstelle: Karlfriedrichstraße 11 / Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 110 — **Emmendingen, Freitag, 12. Mai 1933** — **68. Jahrgang**

Eine nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe

1.5 Milliarden für Arbeitsbeschaffung.

VDZ. **Berlin,** 11. Mai. Das Bundesorgan des Stahlhelm bringt, wie das VDZ-Büro meldet, ausführliche Mitteilungen über die Vorschläge des Reichsarbeitsministers Seldte für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem noch im Jahre 1933, dem ersten Jahre des Vierjahresplanes ein entscheidender Angriff gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden soll. Eine Zentralstelle müsse den Ueberblick, so wird betont, über die gesamte Maßnahme behalten und für eine gerechte Verteilung der Mittel sorgen. Dafür käme das Reichsarbeitsministerium in Frage. Bei einem Aufwand von etwa 1.5 Milliarden Mark können in diesem Jahre noch bis 700 000 Arbeitslose ein Jahr beschäftigt werden. An der Spitze der Arbeitsbeschaffung steht die Siedlung. Für 1933 sind 100 000 Siedlerstellen u. Eigenheime vorgesehen. An zweiter Stelle steht die Belebung des Wohnungsbaues folgen. Die Instandsetzungszuschüsse müßten weiterhin gegeben werden. Ebenso müsse für die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude endlich etwas geboten werden. Von besonderer Wichtigkeit sei die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit im Verkehrswesen, bei der Reichsbahn und beim Straßenbau. Beim Ausbau der Reichswasserstraßen werde Zurückhaltung nötig sein. Weiter werden aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm erwähnt landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten, Flußregulierungen. Erneuerung der deutschen Seeschiffahrt, Förderung von Exportaufträgen usw. Die nötigen Mittel für die Arbeitsbeschaffung sollen durch eine Inlandsanleihe aufgebracht werden, durch eine nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe. Um die Lohnpolitik in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen, bedürfe es schließlich einer Auflockerung der Starrheit des Tarifsystems. Geprüft würde weiter die Frage einer Verschiebung der Schulzeit und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

Besprechung über das Zinsproblem

Unterredung Hugenberg—Darre.

WTB. **Berlin,** 11. Mai. Reichsminister Dr. Hugenberg empfing heute in Gegenwart des Staatssekretärs von Rohr den Leiter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP, Darre, mit seinem Referenten zur Aussprache über die Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung.

Ohne zu dem vorliegenden Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, erklärten die Vertreter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP, daß sich ihr Hauptinteresse der Frage des Zinsfußes zuwende. Es sei nach ihrer Auffassung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern ganz allgemein eine im Gegensatz zu der früheren Auffassung stehende Behandlung des Zinsproblems erforderlich. Für die Landwirtschaft müsse die Regelung auf der Grundlage von höchstens 2 Proz. Zinsen und 1 Prozent Tilgung erfolgen. Eine entsprechende Herabsetzung des Zinsfußes für die landwirtschaftliche Belastung müsse im Wege einer gesetzlichen Maßnahme stattfinden. Eine solche Maßnahme müsse schematisch und generell für die gesamten Hypotheken angeordnet werden. Von der Vorfrage, ob man dies wolle oder nicht sei die Gesamteinstellung zu dem Entschuldungsentwurf abhängig.

Seitens des Reichsernährungsministers Dr. Hugenberg wurde darauf erklärt, daß er entsprechend seiner gesamtwirtschaftlichen Einstellung die Gesundung des deutschen Bauerntums als die wirtschaftliche Grundaufgabe ansehe und grundsätzlich zu jeder Maßnahme bereit sei, die unter dem Gesichtspunkt des Gesamtlohnes zugunsten der Landwirtschaft ergriffen werden könne. Er werde die von den Herren vorgetragenen Gedanken gern einer erneuten Prüfung unterziehen. Er müsse aber die Frage aufwerfen, ob wirklich vom Standpunkt der Landwirtschaft aus eine Zwangsherabsetzung der Zinsen auf 2 Proz. im Endergebnis einen Vorteil darstelle, insbesondere aber, ob die Landwirtschaft die jetzt tatsächlich im Durchschnitt noch mehr als 6 Prozent zahle, ein ganz ausschlaggebendes Interesse daran besitze, 3 Proz. statt 4,5 Proz. zu zahlen. Wenn der Milchpreis auch nur um einen Pfennig steige, wie es infolge des von ihm erlassenen Fettgesetzes bereits jetzt der Fall sei, so mache dies für die Landwirtschaft mehr aus, als der erwähnte Zinsunterschied. Die von ihm mit dem Fettgesetz angestrebte und mit Sicherheit zu erwartende Milchpreissteigerung aber bedeute ein Vielfaches jenes Zinsunterschiedes, von der übrigens bereits sichtbaren Preisgestaltung aller anderen agrarischen Produkte ganz abgesehen. Vom Standpunkt der Landwirtschaft selbst aus habe es schließlich doch auch eine gewisse Bedeutung, mit ihren Forderungen nicht gerade an solchen Stellen einzusetzen, wo sich die großen Schwierigkeiten für die Gesamtwirtschaft ergeben. Auch das Interesse der kleinen Sparer und vieler mit der Landwirtschaft eng verbundener Kreise dürfe schließlich nicht unberücksichtigt bleiben. In einer gesunden Preisgestaltung und in einer Herabsetzung der übrigen Lasten der Landwirtschaft böten sich größere Möglichkeiten der Gesundung der Landwirtschaft, als gerade auf dem Gebiete einer Zinsgestaltung, die der gesamten augenblicklichen Wirtschaftslage durchaus widersprechen würde. Er werde selbstverständlich, wie schon gesagt, gegebene Anregungen sorgfältig prüfen und, soweit möglich, auch im Reichskabinett wiedergeben.

Aus dem Reich

Erledigung von Reichskommissariaten.

WTB. **Berlin,** 11. Mai. Nachdem von dem Herrn Reichspräsidenten für die Länder Baden, Sachsen und Bremen Reichsstatthalter bestellt und von diesen die neuen Landesregierungen ernannt worden sind, hat der Reichsminister des Innern den bem jetzigen Sächsischen Ministerpräsidenten von Killinger für das Land Sachsen, den jetzigen Reichsstatthalter Wagner für das Land Baden und den jetzigen Präsidenten des Senats Dr. Markelt für die Freie Hansestadt Bremen Anfang März ds. Js. seinen erteilten Auftrag, für die Reichsregierung die Geschäfte der obersten Landesbehörden, soweit dies die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderte, wahrzunehmen, zurückgezogen.

Speditionsfragen im Reichsverkehrsministerium.

WTB. **Berlin,** 11. Mai. Ueber die Beschwerden des Speditionsgewerbes im Zusammenhang mit dem Bahnspeditionsvertrage wurde im Reichsverkehrsministerium unter dem Vorsitz des Minister Frhr. v. Eltz-Rübenach und unter Beteiligung des Generaldirektors Dorpmüller und leitender Herren der Reichsbahn, des Vereins Deutscher Spediteure, Reichsverband des allgemeinen deutschen Spediteurvereins, des Reichsverbandes der Fuhr- und Kraftwagenunternehmer und des Reichsverbandes der Bahnspediteure verhandelt. Nach eingehender Aussprache wurde von den beteiligten Stellen ein engerer Ausschuß gebildet, der in weiteren Verhandlungen die Neuregelung des Speditionsgeschäftes vorbereiten soll.

Neuregelung des bäuerlichen Erbrechtes

Der wichtigste Gesetzentwurf auf dem Gebiet des bäuerlichen Rechtes seit der Stein-Hardenbergschen Reform.

ENB. **Berlin,** 11. Mai. Justizminister Kerrl gab in einer Pressebesprechung Kenntnis von einem Gesetzentwurf, der am kommenden Montag Gesetz werden wird und das bäuerliche Erbhofrecht und das Bodenrecht vollkommen neu regelt. Justizminister Kerrl wies darauf hin, daß es sich seit der Stein-Hardenbergschen Bauernbefreiung um den wichtigsten Gesetzentwurf handle, der auch ebenso die Gestaltung des Reichsrechts mit beeinflussen werde und für das Zusammenleben des deutschen Volkes und die Zukunft der deutschen Landwirtschaft von einschneidender Bedeutung sei. — Ministerialrat Wagemann gab dann einen Ueberblick über die wichtigsten Punkte des neuen Gesetzentwurfes. Der neue Entwurf umfasse das Anerbenrecht und die Anerbenrolle. Der Bauer dürfe nur einen Hof haben und nur ein Kind, das den Hof erbe. Die Miterben könnten auf dem Hof verwerden. Ferner sei festgelegt, daß deutschen Boden nur erben könne, wer deutsches Blut habe. Der Hof dürfe nur so groß sein, daß er eine Familie ernähre, wenn er unter das Anerbenrecht fallen solle. Der Großgrundbesitz, der Arbeiter beschäftige, sei also vom Anerbenrecht ausgeschlossen. Das Gesetz habe den Zweck, die Bauernhöfe vor Ueberschuldung und Zersplitterung im Erbgange zu bewahren. Das Anerbenrecht gelte nur für die Bauernhöfe. Bei der Verteilung des überschüssigen Vermögens falle der Anerbe aus, solange die Verteilungsquote unter dem Wert des Hofes liege.

Warnung vor Verletzung der Preisbestimmungen

WTB. **Berlin,** 11. Mai. Der Reichskommissar für Preisüberwachung und der Reichskommissar für die Wirtschaft geben bekannt:

Es ist uns mitgeteilt worden, daß in einzelnen Gegenden, teilweise unter Androhung von Gewalt oder Boykottmaßnahmen, der Versuch gemacht worden ist, die vom Reichskommissar für Preisüberwachung verordneten Preisverzeichnisse in den Schaufenstern und Verkaufsräumen von Friseuren und Schuhmachern zu entfernen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Verordnungen über den Preisaushangszwang bisher nicht aufgehoben und Zuwiderhandlungen nach wie vor strafbar sind.

Ferner sind verschiedentlich von örtlichen Verbänden des Friseur- und Schuhmachergewerbes Mindestpreise für handwerkliche Leistungen festgesetzt worden, die zu einer ganz wesentlichen, bei der schwachen Kaufkraft weitester Konsumentenkreise untragbaren Verteuerung dieser Leistungen führen würden. Wir weisen darauf hin, daß diese Verbände, soweit es sich um Zwangsverbände handelt, zur Festsetzung von Mindestpreisen nicht berechtigt sind.

Höhepunkte der Genfer Krise

Keine Einigung bei der Besprechung der Fünfmächtevertreter. — Freitag Zusammentritt des Konferenzpräsidiums. — Samstag Zusammentritt des Hauptausschusses.

WTB. **Genf,** 11. Mai. Die Vertreter der fünf Mächte Deutschland, Italien, England, Amerika und Frankreich traten heute nachmittag um 5 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson zu der angekündigten Besprechung zusammen. Diese Besprechung dauerte etwa 2 Stunden. Sie wird um 9 Uhr abends fortgesetzt. Ueber Verlauf und Ergebnis wird von den beteiligten Stellen Stillschweigen bewahrt.

WTB. **Genf,** 11. Mai. Die Abendbesprechung führte trotz 2½stündiger Dauer zu keiner Einigung. Das Entgegenkommen, das Botschafter Nadolny auch heute abend wieder zeigte, begegnete bei den Vertretern Frankreichs und Englands keinem Verständnis. Das Angebot der deutschen Delegation, der Vereinheitlichung der kontinentalen europäischen Heeressysteme prinzipiell unter dem bekannten deutschen Vorbehalt zuzustimmen, wurde als ungenügend bezeichnet. Man wollte sich höchstens damit abfinden, daß die deutsche Delegation eine Generalreserve ohne bestimmte Bedingungen vorbringe.

Unter diesen Umständen wurde beschlossen, daß morgen nachmittag das erweiterte Präsidium der Abrüstungskonferenz zusammentreten soll, um einen Beschluß über den weiteren Gang herbeizuführen. Zur Entscheidung steht:

1, der Antrag der englischen Delegation, die Bestimmungen des englischen Konventionsentwurfes über die Effektivstärken in zweiter Lesung zu erledigen und damit eine Entscheidung der Konferenz über die Hauptstreitfrage, die Vereinheitlichung der kontinentalen europäischen Heeressysteme, herbeizuführen;

2. der Antrag der deutschen Delegation, die Debatte über den englischen Entwurf in der ersten Lesung fortzusetzen. Die Frage des Kriegsmaterials in Angriff zu nehmen.

Es steht jedoch noch Auffassung gegen Auffassung; eine Einigung konnte nicht herbeigeführt werden. Die Krise der Abrüstungskonferenz hat damit ihren Höhepunkt erreicht.

Am Samstag wird der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz zusammentreten, um gemäß den Beschlüssen des Präsidiums zu verfahren. Welche Haltung die deutsche Delegation einnehmen wird, wenn ihr Antrag abgelehnt und der englische Antrag angenommen wird, steht noch nicht fest. Ueber eine Vertagung der Konferenz ist in der heutigen Zusammenkunft nicht gesprochen worden.

Der Effektivausschuß erklärt die sogenannten deutschen Wehrverbände für militärisch verwendbar.

WTB. **Genf,** 11. Mai. Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute nachmittag nach zweitägiger Debatte gegen die Stimmen Deutschlands und Ungarns dahin entschieden, daß die sogen. deutschen Wehrverbände als militärisch verwendbar im Sinne der vom Ausschuß aufgestellten Richtlinien anzusehen seien. Für diese prinzipielle Entscheidung haben gestimmt Frankreich, England, Belgien, Polen, Jugoslavien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Portugal und Hol-